

BI lebenswertes Wieslaufstal, Bühlgärten 41, 73635 Rudersberg

Dr. Joachim Pfeiffer, MdB
Innerer See 27
73660 Urbach

Per e-mail

Absender dieses Schreibens:
Wofgang Bogusch
Vorstandssprecher der BI
Dr. Hockertzstr. 20
73635 Rudersberg

Öffentlicher Brief

Rudersberg, 25.02.07

Sehr geehrter Herr Dr. Peiffer,

ihren ersten öffentlichen Besuch in Rudersberg in Sachen Wieslaufstal-Umgehungsstraße haben wir sehr begrüßt. Die Veranstaltung der CDU Ortsgruppe war zum gegenseitigen einschätzen sicher für Sie aber auch für die Bürger, die gegen diese Planung der Umgehungsstraße sind, sehr wertvoll.

Wir hatten ja nur durch Zufall von der Veranstaltung erfahren, und zwar einen Tag vorher durch die Zeitung und den Büttel. Eine Einladung an die BI Lebenswertes Wieslaufstal hat es nicht gegeben und so kamen wir ohne Wunschliste zu dem Treffen. Die Befürworter der Umgehungsstraße waren hier wohl besser vorbereitet und haben Ihnen nun einige Wünsche mit auf den Weg gegeben.

Wir meinen, es ist Ihre Pflicht als Bundestagsabgeordneter der CDU des Wahlkreises 265, auch die vielen Bürger zu vertreten, die in Sachen Umgehungsstrasse zwar nicht Ihrer Meinung sind, die aber derzeit wahrscheinlich die Mehrheit in Rudersberg darstellen.

Diese Bürger fühlen sich von ihren gewählten Vertretern nicht mehr ernst genommen und auch nicht mehr vertreten. Im Gegenteil, diese Bürger wurden von Anfang an in eine gewisse Ecke gestellt, ja nicht einmal als Gesprächspartner akzeptiert. Unser BM Schneider wollte, das ist protokolliert, zu dem ersten „Runden Tisch Verkehr“ nur diejenigen einladen, die sich an einer Variantendiskussion beteiligen. Wer aber grundsätzlich gegen diese Planung war, sollte anfangs nicht mit an den Tisch. Es kam zum Glück anders.

Die Bürger haben daher beschlossen, einen Verein zu gründen. Satzungsmäßiges Ziel des Vereines ist der Landschaftsschutz im Wieslaufstal. Inzwischen ist die BI Lebenswertes Wieslaufstal vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt und wir erwarten den Stempel vom Amtsgericht, der uns als e.V. bestätigt. Es gibt inzwischen eine Ortsgruppe in Miedelsbach und wir haben ca. 100 Mitglieder, die fast alle in irgendeiner Form aktiv sind.

Wir sehen uns nicht als eine reine „Straßengegner“- Gruppe. Themen wie Flächennutzungsplan, Hochwasserschutz, Ortsverfassung, Landschaftsschutz und Bauland sind Themen, die wir nach der nächsten Gemeinderatswahl auch mit einer eigenen, den Vereinszielen nahen, bürgerlichen

Liste im Gremium vertreten wollen, sofern uns die Wähler bestätigen.

Auf die Historie der Entwicklung bezüglich der Umgehungsstraße brauchen wir nicht einzugehen. Sie wissen, dass ca. 3200 Bürger mit ihrer Unterschrift unseren Wunsch nach einem Bürgerentscheid am 22. April, dem Tag der Bürgermeisterwahl, unterstützt haben.

Umso mehr hat es uns erstaunt, mit welcher Deutlichkeit und mit welchem Druck Sie die einseitige Politik vor Ort unterstützt haben. Wahrscheinlich hat der Fraktionsvorsitzende der CDU Ihnen seine Erkenntnisse vorenthalten, die er sehr freimütig in Sitzungen des Ortschaftsrates und des Gemeinderates zu Protokoll gab. Dass nämlich in Rudersberg schon seit Jahrzehnten die Meinung vorherrscht, warum soll man sich gegen eine Planung zur Wehr setzen, die sowieso nicht kommt, da das Land ja kein Geld hat.

Sicher ein politischer Fehler – aber auch Vergangenheit. Die Bürger melden sich nun zu Wort und es ist schon erstaunlich, welche Deutung unser, seit 3 Perioden im Amt befindliche Bürgermeister Schneider Ihnen und dem RP von der Bürgermeinung im Ort mitgeteilt hat. Es reicht offensichtlich nicht, sich auf Beschlüsse des Gemeinderates zu berufen, wenn vor Beschlüssen dieser Tragweite keine öffentliche Diskussion im Ort stattgefunden hat.

Wir meinen, es ist für die Akzeptanz des Bürgerentscheides ganz wichtig, dass sich so viele Bürger wie möglich an der Abstimmung beteiligen. Daher die Forderung nach einer terminlichen Verknüpfung mit der BM-Wahl. Einen Termin kurz nach den Sommerferien muss man hier als Versuch werten, dass genau das Gegenteil eintritt, nämlich eine eher niedrige Wahlbeteiligung. Die Bürger kommen aus den Ferien, die Schule beginnt usw. Ein denkbar schlechter Zeitpunkt für einen Bürgerentscheid mit hoher Wahlbeteiligung.

Wir erwarten keine neuen Aussagen vom RP zu den Alternativen der jetzigen Planung. Das RP plant effektiv und hat immer erklärt, es hätte im Vorfeld die Raumwiderstände berücksichtigt. Es ist dann wohl nur die Idee der Wieslaufal – Renaturierung neu zu bewerten. Das darf nicht bis zum 15. Juni dauern!

Unser erster konkreter Wunsch an Sie: Bitte setzen Sie sich massiv und schnell beim RP dafür ein, dass die Aussage zu den Alternativen im Wieslaufal so rechtzeitig kommt, dass ein Bürgerentscheid an der Bürgermeisterwahl möglich ist!

Die entscheidende Gemeinderatssitzung ist am 27.2.07 und das RP ist vor Ort vertreten. Es wäre ein weiterer, schwerer Schlag für die Demokratie im Wieslaufal, wenn es zu der taktischen Verschiebung in den Herbst kommen würde.

Das ursprüngliche und immer noch gültige Ziel der BI ist es, die abschließende Diskussion über die Umgehungsstraße bis nach dem Ausbau der B14 um Winnenden herum zu verschieben. 2009 soll das geschehen sein und nicht nur wir, sondern auch der Verband Region Stuttgart erwartet hier eine Entlastung für das Wieslaufal. Die Region, aber auch der Allmersbacher Bürgermeister Wörner sowie der Landrat Pavel vom Ostalbkreis, erwarten im Falle eines Baues der Umgehung durchs Wieslaufal mit diesem Charakter eine Verlagerung des Verkehrs von der B14 ins Wieslaufal und damit deutlich mehr Verkehr. Zudem wird auch einen Verlust an Fahrgastzahlen bei der Wieslaufalbahn prophezeit.

Es muss daher das erklärte Ziel von Gegnern und Befürwortern der Umgehung sein, dass nicht mehr Verkehr ins Wieslaufstal gezogen wird!

Unser Bürgerentscheid hat 3 Jahre Rechtgültigkeit. Genau so lang wie wir um Aufschub gebeten haben.

Unser zweiter Wunsch an Sie: Unterlassen Sie bitte die Behauptung, wenn die Bürger sich jetzt gegen die Straße aussprechen, dann ist für die nächsten 30 Jahre Schluss mit Planungen im Wieslaufstal! Das ist politische Erpressung und entspricht nicht der rechtlichen Tatsache! Bitte wirken Sie hier auch auf Herrn Hollatz vom RP ein, der offensichtlich in dieser Form die Bürger von Rudersberg einschüchtern will.

Wir möchten die Zeit nutzen, um mit geeigneten Maßnahmen die Wirkung der B14 ab 2009 zu unterstützen. Hierzu haben wir die Gemeinde zur Mitarbeit eingeladen jedoch bisher keine Signale erhalten. Als erster Schritt ist eine 24 std. Verkehrserfassung mit minutengenaue Kennzeichenerfassung beim Schwerlastverkehr am 20.3.07 geplant. Dadurch kann exakt der örtliche und überörtliche Verkehr erfasst werden. Tatsache ist, dass die Ablehnung von Einschränkungen des Verkehrs durch Rudersberg vom RP mit einer Zusatzbelastung für Winnenden begründet wurde. Das hat BM Schneider leider nicht erwähnt am Freitag. Diese Begründung entfällt ab 2009!

Unser dritter Wunsch an Sie: Bitte werben Sie bei BM Schneider und dem Gemeinderat für eine Zusammenarbeit in dieser Sache! Es kann den Anliegern zeitnah eine gewisse Entlastung bringen und hätte daher selbst dann seine Berechtigung, wenn die Straße in ca. 15 Jahren gebaut würde.

Die von den Befürwortern der Straße geforderte Westumfahrung um Rudersberg herum wird für den Ort Rudersberg nur eine geringe Entlastung bringen. Frau Bosbach vom RP hat am runden Tisch Verkehr sogar Zweifel daran geäußert, dass eine Westumgehung die zur Darstellung nötigen Entlastungszahlen überhaupt erreicht.

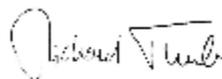
Unser vierter Wunsch: Bitte überprüfen Sie beim RP, ab welchem Prozentsatz Entlastung eine Westumfahrung um Rudersberg überhaupt darstellbar ist und teilen Sie uns bitte das Ergebnis mit. Es reicht hier nicht, einfach allgemein eine Planung zu fordern. Es müssen auch die Grundlagen überprüft werden.

Wir bedanken uns im Vorfeld für Ihre Mühe. Die Zeit drängt leider und so hoffen wir auf eine baldige Antwort.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Bogusch



Richard Traub